

Petition
an den Landtag des Fürstentums Liechtenstein

Mehr Demokratie wagen

Zweck unserer Petition

Der Landtag möge die Regierung beauftragen, ein zukunftsgerichtetes Medienkonzept zu gestalten, ergänzt durch einem angepassten Business- und Umsetzungsplan, mit dem Ziel, die Demokratie zu stärken, das Vertrauen und die Identität der Bürgerinnen und Bürger zum Staat zu fördern und ihnen die Möglichkeit eröffnen, als gut informierte Bürgerinnen und Bürger wertvolle Entscheide und Beiträge für das Wohlergehen des Volkes einzubringen. Als vierte Gewalt sollten die Medien die Entwicklung der Gesellschaft und der Politik kritisch hinterfragen.

Begründung

Der Landtag und das Volk verlangen seit vielen Jahren ein zukunftsorientiertes Medienkonzept von der Regierung. Diese hat sich bisher auf die finanzielle Unterstützung der Medien (einfach immer mehr Geld) beschränkt und das Staatsradio verzerrt als wichtigen Faktor in unserer Medienwelt «hochgelobt». Eine neue Ausrichtung ist dringend geboten. Die Zeit, die Menschen, die Medien und deren Konsum haben sich seit der Jahrtausendwende dramatisch geändert. Die Medienwelt ist eine andere geworden. Einfach immer mehr Geld hineinbuttern kann die Lösung nicht sein. Der Weg ist das Ziel. Vor allem sollte diskutiert werden, welche Medienleistungen das Volk möchte. Welche Aufgaben sollten die Medien übernehmen? Wie können wir die Demokratie und den Zusammenhalt der Gesellschaft stärken? Liechtenstein braucht ein Liechtenstein Modell. Ein Gemeinschaftswerk. Als Motivation für ein solches sollte für uns alle Kennedys weltberühmtes Motto gelten. „Frage nicht, was dein Land für dich tun kann – frage, was du für dein Land tun kannst.“

Allgemeines

Anmerkung eins: Bürger integrieren

Ein Mediengesetz sollte wie kaum ein anderes Gesetz für die Bürgerinnen und Bürger da sein. Auf keinen Fall darf es ein Gesetz für die Politik und die Amtsstuben sein.

Es ist deshalb dringend erforderlich, dass die Einwohnerinnen und Einwohner des Landes in die Entwicklung und Gestaltung eines zukunftsfähigen Konzeptes integriert werden. Miteinander sollte die Devise ein.

Anmerkung zwei: keine Staatsmedien

Der Staat darf in einem demokratischen Land keine Medien halten. Dies verbiete der EWR allen seinen Mitgliedern. Die ESA (Efta

Surveillance Authority) bestätigt

dass ein staatliches Medium in einem EWR- Land ein absolutes no go ist. Es verstosse gegen die Meinungs- und Pressefreiheit. Nachdem nun geplant, ist dass das Radio auf Eigenleistung (Werbung) total verzichten solle, der Staat alleiniger Geldgeber wäre, ist das Verbot ultimativ nicht mehr zu umgehen.

Anmerkung drei: Funktionen der Medien

Die Medien sollten nicht primär nach ihrer Grösse (Anzahl Mitarbeiter) unterstützt werden. Entscheidend ist die Qualität der Medienleistung, die Wirkung und das Informationspotenzial. Folgende Kategorien stehen zur Disposition und sollten Massstab für eine zukünftige Medienförderung sein.

Minimal: Informationsfunktion

So sachlich wie möglich über das öffentliche Geschehen berichten.

Ansprechend: Meinungsbildungsfunktion

Ein Forum sein für freie und offene Diskussion der Fragen von öffentlichem Interesse und durch eigene Kommentierung an der öffentlichen Meinungs- und Willensbildung mitwirken.

Vorbildlich: Kritik- und Kontrollfunktion

Die sogenannte vierte Gewalt macht auf Missstände in Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur und Politik aufmerksam.

In Liechtenstein haben wir (Stand heute) eine Schönwetter-Medienlandschaft. Zum Grossteil, eigentlich ausschliesslich, ist bei allen Medien lediglich die Informationsfunktion gegeben (so sachlich wie möglich über das Geschehen informieren). Die früher zumindest zum Teil vorhandene

Meinungsbildungsfunktion ist durch den Wegfall des «Volksblatts» auch weg. Und die sogenannte vierte Gewalt, die für eine funktionierende Demokratie existentiell wichtig wäre? Diese wird im Landtag zwar immer wieder erwähnt und debattiert, de facto ist sie in Liechtenstein allerdings nicht vorhanden. Wir haben in Liechtenstein kein Medium das systematisch die Entwicklungen der Gesellschaft und der Politik interfrägt.

Dieses Manko ist unter anderem auch Ursache für die in weiten Kreisen vorhandene Unzufriedenheit. Den Bürgerinnen und Bürgern fehlt der mediale Anwalt, der ihre Bedürfnisse und Vorstellungen gegenüber den Entwicklungen in der Politik und in der Gesellschaft verfolgt.

Anmerkung vier: Ranking

Entscheidend für die Bewertung der Medien ist einerseits deren Nutzung (Marktanteile) und andererseits das Informationspotential, das sie per se (Medienpotenzial) haben.

Die Umfrage «Medienmonitoring Schweiz 2021» des Bakoms (Schweizer Bundesamt für Kommunikation) zeigt betr. Nutzung der Medien folgendes Bild:

Online 29%
Fernsehen 24 %
Radio 18%
Print 14%
Social Media 15%

Dieser Medienkonsum ist in Mitteleuropa mehr oder weniger überall identisch, sofern die entsprechenden Medien angeboten werden. Generell und speziell in Südeuropa ist der Anteil Fernsehen eher höher. Bei uns in Liechtenstein ist der Anteil Print mit grösster Wahrscheinlichkeit auch deutlich höher als in der Schweiz, verursacht durch die beiden traditionellen Parteizeitungen (nur bis März 2023). Allerdings läuft der Trend auch bei uns weg vom Print. Bei den Unter-Dreissigjährigen findet man kaum noch eine Person, welche ein Zeitungsabo hat.

Fernsehen, Online und Print haben aus Sicht des Medienpotenzials die Charakteristik, alle drei Funktionen der Medienleistung zu erfüllen. Also: Informationsfunktion, Meinungsbildungsfunktion und Kritik- und Kontrollfunktion. Radio und Social Medien sind diesbezüglich wenig bis gar nicht geeignet.

Fazit: Fernsehen mit den bewegten Bildern und Online sind schon heute die dominierenden Medien. Vor allem: Sie sind die Medien der Zukunft. Bei uns wird Print voraussichtlich noch eine Zeitlang von Belang sein. Das Empfangsgerät der Zukunft heisst Handy.

Ideen für ein zukunftsfähiges Medienkonzept

Als Erstes: Liechtenstein-tv und Liechtenstein digital

Es ist wohl unbestritten, dass Fernsehen und Online die für die Stärkung der Demokratie und der Identität eines Volkes die wichtigsten Medien sind. Heute und morgen. Um dem Motto »Mehr Demokratie wagen« zu folgen, sollten wir die Möglichkeiten, die uns diese Medien, vor allem deren Integration in der Bevölkerung, ins Zentrum unserer Medienpolitik stellen.

Wir schlagen die Gründung einer öffentlich-rechtlichen Medien-Agentur vor, in der das heutige Radio L integriert werden kann.

Diese Agentur hat die Aufgabe zwei Medienprogramme zu realisieren. Einerseits ein Fernsehen mit einem abendfüllenden Programm, ergänzend dazu ein rund-um-die-Uhr abrufbares Online-Angebot.

Liechtenstein-tv müsste alle Informationskategorien ausgewogen integrieren. Also: Informationsfunktion, Meinungsbildungsfunktion, Kritik- und Kontrollfunktion. Es müsste das gesellschaftliche und politische Leben im Land objektiv und umfassend in die liechtensteinischen Stuben und die digitalen Empfangsgeräte «bringen». Und dadurch die Liechtenstein-Identität stärken: mit Qualität, Heimat-Bezug und einheimischem Charme. Es müsste dem Status eines Landessenders gerecht werden.

Ein solches Fernsehen wäre auch ein wichtiges Element für die liechtensteinischen Aussendarstellung (Austausch der Programme, regional und international).

Das rund um die Uhr abrufbare Online-Angebot (liechtenstein-digital) sollte ebenfalls alle Informationskategorien umfassen. Zudem müsste es Dienstleistungen für das tägliche Leben der Einwohnerinnen und Einwohner bieten, wie wichtige Adressen, private und staatliche Dienstleistungen, Termine, Wetterprognosen, etc.

Beide Programme sind einzeln und/oder zusammen von einem einzelnen einheimischen Medienhaus im Land unmöglich zu realisieren, weder inhaltlich

noch wirtschaftlich. Ein solches demokratieförderndes Medien-Angebot kann nur als gemeinsamer »Hosalopf« getragen werden, privat und staatlich. Ein Liechtenstein Modell für alle, unterhalten von allen, erlebt von allen.

In unserer Nachbarschaft, in der Schweiz, in Österreich oder in Deutschland werden solche Gesamt-Programme (TV und online) ausschliesslich privat finanziert. Durch Mediengebühren der Privaten und der Wirtschaft, durch Werbung und durch Sponsoring. Der Staat initiiert lediglich die Strukturen und überwacht das Einhalten die gesetzlichen Vorgaben. Ein solches Konzept, alles privat zu finanzieren, ist in Liechtenstein – wegen der Kleinheit des Landes – nicht realisierbar. Es verlangt ein Miteinander. Unser Vorschlag: ein Drittel Mediengebühren, ein Drittel Eigenleistung und ein Drittel staatliche Unterstützung.

Organisatorisch benötigt das Doppel-Angebot für die Umsetzung der Strategien und Ziele eine kompetente einheimische Führungsmannschaft und einen breit aufgestellten Verwaltungsrat. Und medial: zwei starke Redaktionen, die sich ergänzen und bereichern, damit Informationen mehrfach genutzt werden können, audio-visuell und digital, aktuell und on demand.

Als Zweites: «Vaterland» als Forumszeitung

Das zurzeit publizierte Format des «Vaterlands» (reine Berichterstattung ohne Politik) hat keinen Anspruch auf eine Spezialbehandlung. Es erfüllt lediglich die Informationsfunktion und müsste entsprechend dieser unterstützt werden. Mit so einem «Vaterland» vergibt Liechtenstein leichtfertig eine Chance für eine starke Förderung des demokratischen Lebens.

Darum: Wagt den Weg zur Forumszeitung!

Mein Antrag: Die Regierung soll mit dem Vaduzer Medienhaus eine Leistungsvereinbarung abschliessen, die das «Vaterland» verpflichten müsste, allen drei Funktionen nachzukommen. Also Informationsfunktion, Meinungsbildungsfunktion, Kritik- und Kontrollfunktion. Vor allem müsste es alle politischen Bewegungen, Ideen, Entscheide und Vorstellungen aller politischen und gesellschaftlichen Gruppierungen und deren Protagonisten journalistisch aufarbeiten und deren Meinungen festhalten und gegenseitige Meinungen zulassen. Eine solche Forumszeitung wäre für Liechtenstein ein ausgesprochen prägender medialer Fussabdruck. Das «Vaterland» (oder als Zeichen der Öffnung, ein neuer Name zum Beispiel «Der Liechtensteiner») könnte zum Moderator für den diktatorischen Dialog, die Meinungsvielfalt und Meinungsbildung unseres Landes werden. Eine solche Forumszeitung wäre ein Gewinn für alle, für die Demokratie, für die Einwohnerinnen und Einwohner,

für alle Parteien, für die Gesellschaft, für Liechtenstein. Es wäre auch ein Gegenpol zum vorgestellten Fernseh- und Online Programme. Ein solche Forumszeitung wäre «too important to fail».

Dass die Politik einen solchen Gewinn für die Demokratie entsprechend honorieren müsste, sollte eigentlich parteiübergreifend erkannt und unterstützt werden.

Als Beispiele sollen die «NZZ» und der «Tagesanzeiger» dienen. Die «NZZ» ist mit Chefredaktor Eric Gujer wieder stramm freisinnig, aber bearbeitet redaktionell trotzdem alle Themen, alle Meinungen und alle Aktivitäten der anderen Parteien. Der «Tagesanzeiger» ist links und ebenfalls offen nach allen Richtungen, von ganz links bis ganz rechts. Beide haben eine gemischte parteiübergreifende Leserschaft. So soll es sein.

Als Drittes: Alle Medien mit ausschliesslich Informationsfunktion

Darunter fallen rein theoretisch alle Medien und medienähnlichen Programme welche der Informationsfunktion gerecht werden. Ihr Beitrag für die Demokratie im Lande ist allerdings gering und sollte daher nachrangig unterstützt werden.

Neben den bisherigen Subventionsempfängern «Liewo» und «lie-zeit», kämen weitere Publikationen in Frage wie «Panorama», «Liechtensteiner Monat», «60plus», «In Christo», «Transparent», die Parteizeitung der DpL (dies lediglich als Beispiele). Voraussetzung für eine Unterstützung wären einerseits journalistische Kriterien, wie Liechtenstein-Bezug, Verhältnis Redaktion/Werbung, Eigenleistungen, personifizierte Texte (keine KI-Texte), journalistische Qualität etc. Andererseits müsste eine gewisse Marktpräsenz gegeben sein, also eine Mindestanzahl von regelmässigen Informationsempfängern.

Bei der heutigen Gesetzgebung war man der Meinung, dass für die Meinungsbildung eine Frequenz von 12 Ausgaben notwendig wäre. Dass wir zurzeit ausschliesslich Medien haben, welche reine Informationsfunktionen übernehmen, ist die Frage einer Frequenz nicht mehr opportun. Sie kann abgeschafft werden.

Als Unterstützung für diese Kategorie Medien sollte man von der direkten zur indirekten Förderung wechseln. Anstatt Anzahl Mitarbeiter sollten die Herstellungs- und Verteilkosten der Medien als Kriterien der Unterstützung vorgesehen werden.

Als viertes: Weiterbildung im doppelten Sinne

Einerseits sollte die Aus- und Weiterbildung der Medienschaffenden grosszügig unterstützt werden.

Und andererseits empfiehlt sich betr. der Nutzung der sozialen Medien Aufklärung zu schaffen, in den Primar- und weiterführenden Schulen sowie bei der Erwachsenenbildung. Diese, die sozialen Medien, bringen Vorteile, aber auch Nachteile. Sie gelten bei Psychologen und Soziologen oft als Ursache für zunehmende Gewalt in der Gesellschaft. Gefahrenpotenziale sind: Aggression, Desinformation, Hass, Pornosucht, Fakenews, Verschwörungstheorien und Suizid-Gefährdung. Ein selbstbewusster Umgang mit diesen Informationen ist ausgesprochen wichtig und schützt vor möglichem Fehlverhalten der Bürgerinnen und Bürger. Auch bei uns soll während der Pandemie die Pornosucht und die Suizid-Gefährdung massiv zugenommen haben.

Als fünftes: Notfallmedium der Zukunft

Die Entwicklung der Smartphones eröffnet diesbezüglich neue Möglichkeiten. Gemäss einer Statistica-Umfrage in Deutschland benutzen 88.8 % der Bevölkerung ein Smartphone. Dies dürfte bei uns in etwa gleich sein. Dank diesem neuzeitlichen Empfangsgerät werden völlig neue Chancen für die Notfall-Kommunikation eröffnet. Diese breite Verankerung im Volk ermöglicht einerseits die schnellste und vor allem die umfassendste Kommunikation in einem Notfall. Innert Sekunden könnte praktische die gesamte Bevölkerung informiert werden. Die Digitalisierung würde auch auf eine mögliche Differenzierung der Ansprechpartner zulassen (Feuerwehr, einzelne Gemeinde) ebenso eine evtl. Rückkoppelung der Kommunikation ermöglichen, also einerseits vom Staat zum Bürger und andererseits vom Bürger zu Staat, resp. dessen Dienststellen.

Vaduz/Mauren, 8. August 2023

Reinhard Walser
Bartlegrosch 38
9490 Vaduz

Arthur Gassner
Weiherring 73
9493 Mauren

